

Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen

Dies ist der erste Haushalt nach der Kommunalwahl im letzten Jahr und nach Auffassung der SPD-Fraktion eine gelungene Synthese zwischen den haushaltspolitischen Notwendigkeiten und einer Gewichtung unterschiedlicher Politikbereiche im Interesse der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger Lüdenscheids.

Sicherlich birgt die politische Konstellation zw. dem konservativen Block von CDU/FDP und zeitweilig LL, der sich öfter auch brüchig erweist, und einem sozialdemokratischen Bürgermeister teilweise interessante Argumentationen und Entscheidungen, die für Außenstehende jedoch manchmal schwierig nachzuvollziehen sind.

Nach unserer Einschätzung laufen CDU/FDP jedoch Gefahr, quasi in einem pawlowscher-Antireflex zu Bürgermeister Dzewas etwas kopflos zu reagieren, anstatt sich inhaltlich mit den Vorschlägen zu beschäftigen und ihren Stellenwert zu bewerten – bei einem Gesamthaushalt von rd. 189 Mio. €.

Wir hoffen jedoch, dass zukünftig diese Anfangsprobleme sich auflösen werden...

1) lassen sie uns zurück zur angespannten Haushaltslage der Städte kommen...

Wie auf allen Ebenen des staatlichen Aufbaus in der BRD gibt es Finanzierungsdefizite.

Vieles wünschenswerte kann zur Zeit nicht in Angriff genommen werden. Wir werden trotz aller Schwierigkeiten gemeinsam mit der Stadtkämmerer Herr Blasweiler daran arbeiten, eine Perspektive für 2006 ohne HSK hinzu bekommen. Deshalb kann heute auch bei der Frage einer möglichen Gewerbesteuererhöhung im Jahr 2006 aus unserer Sicht keine endgültige Aussage getroffen werden.....

Nach Meinung der SPD müssen wir aber auch eine öffentliche Diskussion über den Finanzbedarf des Staates führen. Unser Staat hat wichtige ordnungspolitische Funktionen, neben der sozialen Regulierung gehört die Bereitstellung öffentlicher Leistungen in einer Stadt wie Lüdenscheid dazu. Ein effektiver schlanker Staat bedeutet nach Meinung der SPD nicht automatisch Privatisierung, sondern die Aufgaben müssen bürgernah, wirtschaftlich und effizient erbracht werden.

Öffentliche Daseinsfürsorge braucht aber auch soziale und demokratische Kontrolle, genauso wie eine verstärkte Transparenz und mehr Mitwirkungsmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger.

Auch wenn Teilbereiche manchmal in Form einer privatrechtlichen Organisation erbracht werden, steht der öffentliche Zweck im Mittelpunkt der wirtschaftlichen Betätigung. Und wir haben in Lüdenscheid bisher sehr gute Erfahrungen gemacht, wie z.B. STL oder die Stadtwerke Lüdenscheid es zeigen....

Unbestritten ist nach unserer Auffassung auch, dass über die Anzahl und die Aufgaben der unterschiedlichen Zwischenbehörden, vom Kreis über RP, Landschaftsverband und zusätzlichen staatlichen Fachbehörden eine Strukturdiskussion geführt werden muss, um sowohl bestimmte Entscheidungsprozesse zu beschleunigen als auch finanzielle Ressourcen freimachen zu können..

Die CDU hat eine umfassende Gemeindefinanzreform im Bundesrat verhindert. Ohne die Blockade der CDU ginge es den Kommunen heute schon besser. Wir brauchen eine ausreichende Finanzierung der staatlichen Leistungen vor allem auch eine Stärkung der Finanzkraft der Kommunen. Dazu müssen Industrie und Gewerbe den notwendigen Beitrag leisten. Der Hauptausschuss des deutschen Städtetags hat am 16.2.2005 beschlossen: „Deshalb kann die Gewerbesteuer als Hauptsteuerquelle der Städte nicht zur Disposition stehen. Zur Reform der Gewerbesteuer als Herzstück der weiterhin anstehenden Reform des Gemeindesteuersystems ist keine Alternative erkennbar.“.....(Vorsitzende Frau OB Roth aus Frankfurt)

Leider hat die CDU bisher zu dieser Frage keine eindeutige Stellung bezogen, manche örtliche Diskussionsbeiträge der letzten Woche zeigen wenig Seriosität.

Immer neuen Steuersenkungsdiskussionen – vor allem für Spitzenverdiener – helfen angesichts der gesamtwirtschaftliche Lage nicht weiter. Das deutsche Defizit leidet auch daran, dass rd. 4 % des westdeutschen BIP regelmäßig nach Ostdeutschland transformiert werden.

Wir als Stadt Lüdenscheid zahlen durchschnittlich jährlich rd. 3.. Mio. €

.....Thema Arbeitsmarkt

Ohne Zweifel haben wir einige schwierige Probleme auf dem Arbeitsmarkt.

Der Strukturwandel mit Abbau von Arbeitsplätzen in industriellen Bereich wird weitergehen. In vielen Lüdenscheider Firmen wird unter aktiver Mithilfe von IG Metall und den betroffenen Betriebsräten über Sanierungstarifverträge verhandelt, auch zur Sicherung der Arbeitsplätze. Aber auch im Bereich der sozialen Dienstleistungen Gesundheit, Pflege, Erziehung, bei denen es sicherlich noch Wachstumspotentiale gibt, herrscht Kostendruck

Wir als SPD sind bereit, und nach Ostern zusammen mit den anderen Fraktionen und Fachleuten auf Einladung des Bürgermeisters zu einzelnen Fachgesprächen zum Thema „Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“ zu beteiligen. In den letzten Wochen wurde immer wieder zu verstärkten kommunalen Investitionen aufgerufen.

Wir halten es für sinnvoll, dass die Verwaltung mögliche zusätzliche Investitionen planerisch vorzubereiten hat. Dann können im Jahresverlauf 2005 weitere Entscheidungen getroffen werden, wenn entsprechende finanzielle Mittel bereit gestellt worden sind.

2) zurück zum HHpl 2005 und den Beratungen in den Ausschüssen:

Die Grundzüge des von Bürgermeister Dzewas vorgelegten Haushaltsplanentwurfes wurden allgemein akzeptiert. Einige Veränderungen wie die finanzielle Förderung des Lüdenscheider Kultursommers oder für Kunst im Rathaus-Bürgerforum waren unstrittig. Seltsam war hier die Position der CDU: Während bei im Bereich Jugend oder Schule jeweils genau eine Deckungsmöglichkeit gefordert wurde, wird bei CDU-genehmen Positionen (bis hin zu weiteren Ausgaben bei der Rathaussanierung) dann großzügig auf die Rücklage verwiesen. Dies ist für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger nicht nachvollziehbar.

Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir haben als SPD-Fraktion bei unserer Haushaltsberatung vier Schwerpunkte, die ich im Nachfolgenden erklären möchte:

3) verstärkte Unterstützung des Schulbereiches in Lüdenscheid.

Durch die Einführung der Schul- und Sportpauschale durch das Land NRW wurde den Kommunen erstmalig Planungssicherheit gegeben und ein möglichst großer Handlungsspielraum bei der Mittelbewirtschaftung eingeräumt. Wir können nun in eigener Selbstverwaltung Prioritäten für den Einsatz dieser Mittel setzen. Zudem ist durch die Pauschalierung ein weiterer Schritt in Richtung Verwaltungsvereinfachung getan – wie immer wieder gefordert. Wie haben ein stabiles Schulsystem in Lüdenscheid, dessen Fortentwicklung bei den vier Regelschulen im Sek 1 – Bereich durch eine vernünftige Schulentwicklungsplanung gesichert werden muss.

Für uns als SPD ist es nicht nachvollziehbar, warum die CDU die Gesamtschule in Lüdenscheid immer wieder in Frage stellt, z.B. durch die Zusammenführung von Haupt- und Gesamtschulen zu sogenannten Aufbauschulen.

Ähnliches gilt beim Thema der offenen Ganztagsgrundschule in Lüdenscheid. Wer Förderung und verbesserte Betreuungsmöglichkeiten will, muss auch die notwendigen finanziellen Mittel bereitstellen – und darf nicht nur auf andere staatliche Stellen verweisen.

Die Bemühungen von BM Dzewas zur Stärkung der Grundschulen in diesem Haushaltsjahr finden unsere volle Unterstützung.

Nach einigen „doppelten Rittbergern“ der konservativen Seite kamen akzeptable Kompromisse heraus:

Beschlossen wurde auf SPD-Antrag am Ende mehrjähriges Modernisierungsprogramm für alle Schulformen, die 15 Grundschulen bekommen 2005 insgesamt 40 000 €

Für die Sprachförderung werden 20 000 € im Grundschulbereich bereitgestellt

Für die Ausstattung mit Computer werden 200 000 € für alle Lüdenscheider Schulen bereitgestellt, auch mit Fortsetzung in den die Folgejahren...

Dies ist zumindest ein Einstieg in eine verstärkte Förderung im Schulbereich, wir erwarten von dem zuständigen Dezernenten bis zum Herbst dieses Jahres die Vorlage für das Modernisierungsprogramm – natürlich abgestimmt mit den Lüdenscheider Schulen. Gleiches gilt für die Ausbauplanung an den beiden Grundschulen Kalve und Vogelberg zur Einrichtung der offenen Ganztagschule.

An diesen beiden Standorten existiert schon heute die entsprechende Nachfrage.

Etwas verworren war die Haltung der CDU bei Einzelanträgen, bei denen junge Menschen in Lüdenscheid betroffen waren und sind. Die Förderung des Nachwuchses bei der Jugendfeuerwehr ist ein Bereich absolute Notwendigkeit für den Erhalt der Freiwilligen Feuerwehr sind. Deshalb sind an dieser Stelle die rd.140 000 € auch mittelfristig gut angelegtes Geld.

Ähnliches gilt für die Haltung zu vielen Fragen in der Jugendpolitik. / Jugendkultur.

Die CDU hat offenbar Probleme im Umgang mit jungen Menschen, dies zeigte sich auch bei der Frage der Bereitstellung von Proberäumen für Bands.

Angesichts der wiederum schwachen Wahlbeteiligung von jungen Menschen bei der letzten Kommunalwahl dürfen wir nicht den Eindruck aufkommen lassen, dass junge Menschen in Lüdenscheid keine ausreichende Möglichkeiten haben.....

.....(Freiräume für junge Menschen.....)

4) zweiter Schwerpunkt : Förderung von Familien und Kinder....

Durch die zunehmende Erwerbstätigkeit von Frauen aufgrund verbesserter Bildung und veränderter Rollenvorstellungen, aber auch vor dem Hintergrund der demographischen Probleme müssen wir weitere Anstrengungen unternehmen, unserer Betreuungsangebot zu verbessern – dies gilt zukünftig auch für unter dreijährige Kinder.....

Durch den Rechtsanspruch auf Kindergartenplatz, dem Teilzeitgesetz und der Förderung der Ganztageschule sind wir in den letzten Jahren hier deutlich vorangekommen.

Wir als SPD haben 2004 eine familienfreundlichere Vergabe bei städtischen Grundstücke durchgesetzt.

Trotzdem müssen wir noch besser werden.

Aber die neuesten Zahlen müssen uns betroffen machen:

Nach der Untersuchung der SIHK haben wir im Zeitraum 1997 bis 2002 bei der Gesamtbetrachtung der Zu- und Fortzüge ein Minus von 1425 Personen, Wanderungsgewinne aus dem Ruhrgebiet und der SIHK-Region stehen Verluste gegen Rheinland, dem restlichen Bundesgebiet und EU gegenüber.

Bei der allgemeinen Bevölkerungsentwicklung soll die Zahl der Einwohner von 80320 im Jahr 2002 auf 78209 im Jahr 2015 zurückgehen.

Besorgniserregend ist die Zahl bei den unter 20-jährigen:

Sie fällt von 16.551 auf 13.619 (dies würde minus von 18 % bedeuten)

Deshalb müssen nach Auffassung der SPD wir alle gemeinsam darüber nachdenken, wie und durch welche Maßnahmen wir ein „Bündnis für Familien“ – wie es schon in vielen anderen Städten vorhanden ist – auch in Lüdenscheid auf die Beine stellen können.

5) dritter Schwerpunkt: Verstärkte Investitionen in die städtische Infrastruktur:

Immer wieder hört man in Klagen von Bürgerinnen und Bürgern, dass die verschiedenen Stadtteile zugunsten des Rathauses/Neue Mitte vernachlässigt werden.... Diesem Eindruck müssen wir durch eine ausgewogene Investitionspolitik entgegenreten..

Deshalb unterstützen wir als SPD das neue Kinderspielplatzkonzept mit Investitionen von 200 000 €

Wir haben eine Mehrheitsentscheidung bei Bolzplätzen mitgetragen, auch mit der Perspektive einer Bestandsaufnahme und Erarbeitung einer Prioritätenliste

Angesichts des relativ langen Winters und des Zustandes unserer Straßen wird zusätzliches Geld für die externe Vergabe von Straßenunterhaltungen bereitgestellt – auch im Interesse der örtlichen Bauwirtschaft...

Ob wir mit der jetzt bereitgestellten Summe auskommen werden, dahinter kann man ein großes Fragezeichen setzen. ?

Mittelfristig wird es notwendig sein, unsere Infrastruktur in Lüdenscheid an veränderte demographische Bedingungen weiterzuentwickeln...

Daneben müssen wir Entscheidungen treffen, wo und welche Wohnbauflächen wir zukünftig benötigen, welche zukünftige Siedlungsstruktur geplant werden muss und ähnliches.

Deswegen haben wir als SPD-Fraktion im Januar den Antrag gestellt, die Vorbereitungen für einen Aufstellungsbeschluss für einen neuen Flächennutzungsplan in Angriff zu nehmen, um Startschuss dazu noch in 2005 geben zu können.

6) Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen,

lassen Sie mich zum letzten unserer vier Schwerpunkte kommen. Arbeitsplätze und Stadtentwicklung

Angesichts der Zahlen auf dem Arbeitsmarkt und der wirtschaftlichen Probleme unbekannter Lüdenscheider Firmen müssen wir unsere Möglichkeiten als Kommune voll einsetzen.

- wir brauchen ein schnelles Entscheidungsverfahren mit kurzen Wegen. Deshalb findet die Gründung einer Stabstelle Wirtschaft/Arbeitsmarkt beim Bürgermeister unsere volle Unterstützung. Neben der Bereitstellung von Gewerbe- und Industrieflächen – bei denen wir mit dem interkommunalen Gewerbegebiet Rosmart – gut aufgestellt sind, müssen wir verstärkt die Erweiterungsmöglichkeiten am bestehenden Standort unterstützen. Dabei müssen Umweltinteressen nicht immer so hoch gewichtet werden
- Im Bereich der Technologieförderung, insbesondere des EGC haben wir in den letzten Wochen einen großen Schritt in Richtung einer dauerhaften Bestandsicherung gemacht. Deshalb hier an dieser Stelle nochmals einen Dank an den Stadtkämmerer K.H. Blasweiler. Sowohl für die Bereitstellung von Flächen für Gründer als auch für die entsprechenden Institute im Zusammenhang mit dem EGC - Licht, Kunststoff und Umformtechnikinstitut – brauchen wir weiter das städtische Engagement auf unterschiedlichen Ebenen. Ein Vergleich mit anderen Wirtschaftsförderungseinrichtungen zeigt, dass z.B. die Gesellschaft zur Wirtschafts- und Strukturförderung (GWS) des Märkischen Kreises in den letzten Jahren regelmäßig einen Zuschuss von rd. 450 000 € bekommt.....
- Aus Sicht der SPD ist es notwendig die Planungen im Bereich des Bahnhofes in der Stadtmitte voranzutreiben. Nachdem die Grundstücksverhandlungen beinahe abgeschlossen sind, muss das Problem der Gleisverlegung und die innere Erschließung durchgeplant werden.

Gerade für technologienaher Dienstleistungen oder ähnliches müssen wir hier ein qualifiziertes Flächenangebot bereitstellen.

Wir als SPD halten den Bahnanschluss und die Verknüpfung mit dem MVG an der Bahnhofstraße weiterhin für richtig, wir wünschen uns allerdings manchmal etwas mehr Unterstützung auch von CDU-Vertretern in höheren Gremien.

1997/1998 wurde die Diskussion um die Entwicklung der Innenstadt intensiviert und in den letzten Jahren – dann meistens mit Zustimmung aller Fraktionen – umgesetzt. Am Ziel einer attraktiven Innenstadt zur Stärkung des Standorts Lüdenscheid mit seiner regionalen Bedeutung gibt es einen großen Konsens. Die meistens Bauabschnitte des Projektes Lüdenscheid –Mitte (mit Ausnahme der Parkpalette) wurden gemeinsam beschlossen.

Organisatorische Schwierigkeiten im letzten Jahr innerhalb der Verwaltung, ein künstlicher Zeitdruck durch den damaligen BM Schmidt, und ähnliches haben zu Problemen geführt, die wir jetzt aufarbeiten müssen.

Aber auch die Politik trägt ihre Verantwortung, so ist es schwierig nachzuvollziehen, dass die CDU im März letzten Jahres nach der Trennung von dem damaligen Controller strikt dagegen war, einen Nachfolger zu benennen. Jetzt nach 12 Monaten ändert die CDU mal wieder die Meinung...

Wie und welche Baumaßnahme als nächstes erfolgen sollte, muss mit finanziellem Augenmaß und unter Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger diskutiert und entschieden werden. Parallel dazu muss versucht werden, den Gebäudeleerstand in der Innenstadt aufzuarbeiten und den Eigentümern Unterstützung und Mithilfe bei der Verwertung der Projekte anzubieten. Nach der Vorlage des Einzelhandelsgutachten haben wir dazu eine qualifizierte Diskussionsgrundlage.

- Eine attraktive und moderne Innenstadt für die unterschiedlichen Bedürfnisse von Kaufen, Erleben etc. ist angesichts der regionalen Konkurrenz notwendig, um Arbeitsplätze und Kaufkraft in Lüdenscheid zu halten... Deshalb war die Gründung der LSM notwendig und sinnvoll, auch um sich um Aufgaben wie die geplanten Aktionen während der Fußballweltmeisterschaft 2006 – natürlich in Zusammenarbeit mit privaten Partnern – kümmern zu können. Auch die bereit gestellte Summe für Marketingmaßnahmen findet die Unterstützung der SPD.
- Gestatten Sie mir an dieser Stelle noch einige Ausführungen zu Hartz IV und deren Auswirkungen auf Lüdenscheid.: Insgesamt ist die Einführung und Umsetzung von Hartz IV gelungen. Die neugeschaffene ARGE ist nicht nur das alte Sozialamt oder das alte Arbeitsamt. Durch Integration der beiden Systeme Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe soll effektiver versucht werden, alle erwerbsfähigen Menschen in Arbeit zu bringen. Durch die Überführung von rd. 370 000 bisherige Sozialhilfeempfänger in das ALG II war allen Sachverständigen bekannt, dass dies zu einer massiven Erhöhung der Arbeitslosenzahlen führen wird.

Nach den bisherigen Berechnungen hat Lüdenscheid ein leichtes Plus von rd. 700 000 € zu erwarten. Nach der Anlaufphase muss jetzt die Betreuung, Beratung und Vermittlung auf- und ausgebaut werden, ebenso wie die aktive Maßnahmen bei den unter 25-jährigen und die Verbesserung der Eingliederung von Langzeitarbeitslosen in Angriff genommen werden müssen.

7) als letzten Punkt erlauben Sie mir an dieser Stelle einige Bemerkungen zu dem heiß diskutierten Thema Stadtteilkonferenzen...

Bereits zu Beginn der Haushaltsplandiskussion ist dieses Thema von der konservativen Seite ideologisch überhöht worden. Es geht nicht darum, politischen Zugriff oder ähnliches zu bekommen, sondern im Rahmen von Bürgerbeteiligung den Bürgerinnen und Bürgern in den Stadtteilen mehr ernsthafte Mitsprache- und Mitwirkungsmöglichkeiten zu bieten. Sicherlich haben sich in den Stadtteilen unterschiedliche Konzeptionen entwickelt, gestatten Sie mir an dieser Stelle zwei Zitate aus dem Papier Stadtteilkonferenz vom Dezember 2004:

„offene Stadtteilkonferenz: Treffen von Vertretern aller interessierten Institutionen, Vereine, Initiativen und Parteien und zusätzlich offen für alle interessierten Bürger/-innen eines Stadtteils (z.B. Kluse, Kalve/Wefelshohl)

und: „deshalb ist es aus fachlicher Sichtweise sinnvoll, möglichst viele Stadtteilkonferenzen mit Bürgerbeteiligung im Stadtgebiet durchzuführen“

Und genau dies haben die beiden zuständigen Ratsmitglieder getan, sie haben durch eine zusätzliche Information in Form eines Handzettels versucht, die Bürgerinnen und Bürger der entsprechenden Stadtteile zum Engagement im Rahmen der städtischen Stadtteilkonferenz zu bewegen.

Eine Stadt wie Lüdenscheid wird auch in hohem Maße vom ehrenamtlichen Engagement der bei uns lebenden Menschen geprägt, deren Arbeit z.B. im Stadtteil in seinen Vereinen und Initiativen stattfindet.

Wir wollen den Einsatz dieser Menschen künftig durch eine stärkere Einbeziehung in städtische Entscheidungsprozesse anerkennen und stärken.

Die SPD-Fraktion und ihre einzelnen Mitglieder werden weiterhin die Möglichkeit nutzen, je nach Sachlage und Dringlichkeit zu einzelnen städtischen Veranstaltungen aufzurufen und einzuladen.

Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen,

kurz zum Stellenplan: Wir haben für eine zusätzliche Stelle im Bereich von Tui – vor allem für Betreuung der Computeranlagen an Schulen geworben – leider vergeblich.

Bei der personellen Ausstattung des städtischen Archivs sind wir einen Schritt weitergekommen. Aufgrund der engen finanziellen Rahmenbedingungen müssen wir auch im Bereich der Personalkosten weiterhin restriktiv vorgehen, Neue Schwerpunkte müssen durch Einsparung an anderer Stelle geschaffen werden.

Aber bitte zukünftig keine Lösungen mehr wie die bei der Verlagerung der Ausländerbehörde, wo anstelle von drei geplanten Umsetzungen dann nur noch eine Kraft zum Märkischen Kreis gegangen ist.

Wir brauchen auch bei der Stadt Lüdenscheid ein Personalentwicklungskonzept, in dem der zukünftige Bedarf abgeschätzt wird, in dem durch Qualifizierungsmaßnahmen und Weiterbildung den Beschäftigten der Stadt Lüdenscheid die Möglichkeit geboten wird, neue andere Aufgaben zu übernehmen. Die von Herrn Bürgermeister Dzewas getroffenen Entscheidungen über die interne Besetzung von zwei Amtsleiterstellen findet deshalb unsere vollste Unterstützung.

Wir haben nach den im Hauptausschuss erzielten Kompromisse beschlossen, dem Haushaltsplan 2005 zuzustimmen, gleiches gilt natürlich für Stellenplan und der Finanzplanung

Wir hoffen, dass mit der Einführung des neuen kommunalen Finanzmanagement (NKF) und der Umstellung auf die doppelte Buchführung sich die Möglichkeiten einer an Kosten und Leistungen orientierten Steuerung auch für die Politik verbessern wird.

Wir werden als SPD-Fraktion in den nächsten Monaten an den genannten vier Schwerpunkten weiterarbeiten und sie mit der Bürgerinnen und Bürgern diskutieren, auch um sie in den folgenden Jahren eventuell noch stärker (auch finanziell) unterstützen zu können.

Wir sind bereit, gemeinsam mit den anderen Fraktionen in Form der offenen Ratsarbeit die anstehenden Probleme gemeinsam aufzuarbeiten und finanzierbare Lösungen zu finden – zum Wohle der Menschen in unserer Stadt.

Bedanken möchte ich mich an dieser Stelle bei den Beschäftigten der Kämmerei, die diese Haushaltsplanberatung begleitet und unterstützt haben.

Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, danke ich für Ihre Geduld

Verena Kasperek